

QUARTALSBERICHT

Projektland: Serbien und Montenegro

Quartal/Jahr: I/2011

SCHLAGZEILEN

- 1. EU-Parlament ratifiziert** Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen **(SAA) mit Serbien**
- 2. Anti-Regierungs-Demonstrationen – Opposition fordert Neuwahlen**
- 3. Kabinettsstrukturierung anstatt Regierungsturz**
- 4. Erneuter Dialog zwischen Belgrad und Pristina**
- 5. Neue Regierung in Montenegro**

Serbien konnte Anfang des Jahres eine weitere Hürde auf dem Weg in die Europäische Union nehmen. Am 19. Januar 2011 ratifizierte das EU-Parlament das Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen (SAA) mit Serbien. Neben der Ratifizierung des SAA wurde auch eine Resolution über Serbien verabschiedet, womit das Europäische Parlament ein klares Signal der Unterstützung für den angestrebten EU-Beitritt des Landes setzte.

In der Resolution wird eine europäische Zukunft sowie eine Anerkennung für die Rolle Serbiens in der Förderung der regionalen Zusammenarbeit betont. Zusätzlich wird die Regierung in Belgrad aufgefordert weitere Anstrengungen zur Gewährleistung der Unabhängigkeit und Effizienz der Justiz zu unternehmen. Auch soll Belgrad anerkennen, dass es bei dem zukünftigen Dialog mit der Kosovo-Regierung nicht mehr um den völkerrechtlichen Status des Landes gehen könne sowie dass die uneingeschränkte Zusammenarbeit mit dem UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag ein Schlüssel zu weiteren Fortschritten Serbiens in Richtung EU-Mitgliedschaft bleibt. Für das In-Kraft-Treten des SAA ist neben der Zustimmung des Europäischen Parlaments auch die Ratifizierung des Abkommens in den Nationalparlamenten aller EU-Mitgliedstaaten erforderlich. Der deutsche Bundestag ratifizierte am 10. Februar 2011 das SAA mit Serbien als dreizehntes EU-Land.

Die serbische Opposition stellte bei ihren bisher größten Anti-Regierungsprotesten die Forderung nach vorgezogenen Parlamentswahlen. Zur am 05. Februar 2011 organisierten Kundgebung der Serbischen Fortschrittlichen Partei (SNS) als führender Oppositionskraft im Parlament und ihrer kleineren Bündnispartner fanden sich

offiziellen Schätzungen zufolge 70.000 Menschen in Belgrad ein. Neben der Kritik an Korruption und wachsenden Sozialproblemen wurde der Regierung vorgeworfen in die eigene Tasche zu wirtschaften und nichts gegen die Wirtschaftskrise zu tun. Die Oppositionspolitiker richteten eine klare Warnung an die Regierung: Falls innerhalb von zwei Monaten keine Neuwahlen ausgeschrieben werden, will die Opposition Massenproteste und eine Dauerblockade aller staatlicher Institutionen durchführen.

Unter dem Druck von einer Million Arbeitslosen, 700.000 Menschen, die an oder unter der Armutsgrenze leben, des rasant sinkenden Lebensstandards, alltäglicher Streiks und einer allumfassenden Korruption zeigt die aus 18 Parteien zusammengebastelte Regierungskoalition angesichts der jüngsten Krise gravierende Schwächen.

Die Regierung verliert drastisch an Zustimmung in der Bevölkerung. Zudem kämpft die Regierungskoalition mit internen Streitigkeiten. Diese eskalierten mit einem heftigen Schlagabtausch zwischen Premier Mirko Cvetković und Vizepremier und Wirtschaftsminister Mladjan Dinkić, welcher den Regierungschef in der Öffentlichkeit kritisierte und ihm vorwarf, dass „informelle Machtzentren“ die Regierungspolitik bestimmten. Daraufhin enthob Cvetković seinen Vize beider Ämter.

Doch anstatt, wie schon öfters angedroht, die Regierung zu stürzen und Neuwahlen herbeizuführen, bekundete Dinkić Bedauern wegen seiner Äußerungen, die den Anlass seiner Amtsenthebung geliefert hatten und bestimmte seinen Nachfolger aus den Reihen seiner G17-Plus-Partei. Die Erklärung für den Rückzieher kann in Meinungsumfragen gefunden werden, denen zufolge es die G17-Plus derzeit nicht ins Parlament schaffen würde. Damit wurde der unmittelbare Regierungsturz zwar abgewandt, herbeiführen kann Dinkić diesen allerdings jederzeit, denn von insgesamt 250 Mandaten hat die regierende Koalition 129, wovon 27 auf die G17-Plus entfallen. Auf diese Weise ist von der Koalitionsregierung eine Minderheitsregierung geworden, die vom guten Willen der G17-Plus abhängig ist.

Bereits seit Beginn des Jahres wurde über eine Kabinettsstrukturierung diskutiert, doch erst mit der Amtsenthebung von Mladjan Dinkić und dem Rücktritt zwei weiterer Minister aus seiner Partei wurde das Thema einer Regierungsumbildung akut. Nach einer heftigen Parlamentsdebatte wurde die Rekonstruktion der Regierung am 14. März 2011 mit knapper Mehrheit abgestimmt. Offiziell handelt es sich um eine Reaktion auf die Wirtschaftskrise im Rahmen eines großen Sparpakets. Die Anzahl der Ministerien wurde von 24 auf 17 reduziert. Einige Ressorts wurden zusammengelegt, einige Minister ersetzt. Premier Cvetković übernahm selbst das Finanzministerium. Die Leitung der Ressorts für Innere Sicherheit, Außenpolitik, Justiz und Verteidigung blieb unverändert.

Bei der erneuten Inauguration nannte Cvetković als Prioritäten seiner alten neuen Regierung die Integration in die EU, die Erhaltung Kosovos als Bestandteil Serbiens, eine sofortige Verbesserung des Lebensstandards, den Ausbau des Sozialstaates, einen kompromisslosen Kampf gegen Kriminalität und Korruption und volle Zusammenarbeit mit dem UN-Kriegsverbrechertribunal. Die Opposition kritisierte heftig die Regierungsumgestaltung als kosmetisch und einen Versuch die bitter notwendigen Neuwahlen zu umgehen.

Erstmals seit der Abspaltung Kosovos von Serbien im Februar 2008 trafen sich am 08. März 2011 in Brüssel serbische und kosovarische Delegierte zu Gesprächen unter EU-Vermittlung. Der Dialog ist ausschließlich technischen Fragen gewidmet – Themen wie Flugverkehr, Telekommunikation, Kataster und Kfz-Kennzeichen.

Serbien sieht die Gespräche nicht nur als Ausgangspunkt um Ansätze zur Lösung von Alltagsproblemen der serbischen Minderheit in der ehemaligen Provinz zu finden, sondern auch als Möglichkeit die Status-Frage erneut aufzugreifen, was Kosovo vehement ablehnt. Die Gespräche verlaufen im Schatten schwerwiegender Vorwürfe wegen Organhandel und organisierter Kriminalität gegen Kosovo-Premier Hashim Thaci, die im Bericht des Europaratsonderermittlers Dick Marty im Dezember letzten Jahres veröffentlicht wurden. In einer Resolution der Parlamentarischen Versammlung des Europarates vom 25. Januar 2011 wird eine Untersuchung dieser Vorwürfe gefordert.

Zudem musste der am 22. Februar 2011 im Parlament gewählte neue Präsident Kosovos, der Bauunternehmer Behgjet Pacolli mit schweizerischem Pass, nach einem Urteil des Verfassungsgerichtes, das seine Wahl wegen unzureichendem Anwesenheitsquorum als rechtswidrig wertete, zurücktreten.

Montenegro erlebte Ende Dezember 2010 den Rücktritt von Milo Djukanović, der das Land seit zwei Jahrzehnten abwechselnd als Staatspräsident und Premier souverän regiert hatte. Das montenegrinische Parlament bestätigte die neue Regierung unter Premier Lukšić am 28. Dezember 2010. Der neue Regierungschef setzt auf Kontinuität und kündigte an, dass er an den Prioritäten der Politik seines Vorgängers festhalten und die angestrebte NATO- und EU-Mitgliedschaft des Landes zu den wichtigsten Zielen der Legislaturperiode gehören werde. Um die daraus folgenden Verpflichtungen und Aufgaben besser koordinieren zu können, wurden das Außenministerium und das Ministerium für EU-Integration unter der Leitung des bisherigen Außenministers Milan Roćen zu einem Ressort fusioniert.

Am 31. März 2011 traf sich Lukšić in Berlin im Rahmen eines Amtsantrittsbesuchs mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. Bei diesem ersten Staatsbesuch eines montenegrinischen Regierungschefs in Deutschland seit der Unabhängigkeit 2006 bemühte sich Lukšić um die Aufnahme Montenegros in die Europäische Union zu werben und erklärte, die Zukunft seines Landes läge in der EU und man werde deshalb die notwendigen Reformen weiter fortsetzen. Bundeskanzlerin Merkel bekräftigte die Beitrittsperspektive für die Länder des Westbalkans. Voraussetzung für die Aufnahme sei aber, dass die Staaten die klaren Kriterien der EU auch erfüllen. Ob und wann sie Mitglied würden, liege deshalb an ihnen.

Lutz Kober, Projektleiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Belgrad, Serbien

Vidica Drakulic, Projektassistentin der Hanns-Seidel-Stiftung in Belgrad, Serbien

IMPRESSUM

Erstellt: 12.04.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D.,
Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de

Hanns-Seidel-Stiftung_Quartalsbericht_Serbien und Montenegro_Quartal I_2011